

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

257 (3.11.1905) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luitpoldstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Insertate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Insertate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Insertate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 257. Zweites Blatt. Karlsruhe, Freitag den 3. November 1905. 25. Jahrgang

Rechenschaft.

Am 31. Oktober 1905 ist nunmehr im Vorwärts die angekündigte „Denkschrift“ des Parteivorstandes und der Pressekommision erschienen, die bestimmt sein soll, das gegen uns angeordnete Verfahren zu rechtfertigen und nebenbei die ältesten Redakteure des Vorwärts, die dem Zentralorgan 13, 10 und 7 Jahre ihre Kraft gewidmet haben, als Leute hinzustellen, die eigentlich niemals vertrauenswürdig gewesen seien. In derselben Nummer treibt in noch plumperer Weise die neue Redaktion des Blattes das gleiche Spiel.

Wir begreifen nach dieser Denkschrift, die hinsichtlich der Geschicklichkeit und Wahrhaftigkeit nach dem Muster der berühmten Denkschrift zur Zuchttausbildung gearbeitet zu sein scheint, das man uns während des ganzen Konfliktes von Beginn bis Schluss ausgespart hat. Denn es wäre anderenfalls sofort offenbar geworden, daß die ganze Darstellung un haltbar ist. Wir begreifen es auch, daß man sich scheute, diese Denkschrift noch während unserer Redaktionsstätigkeit zu veröffentlichen, denn es hätten wenige Bemerkungen genügt, um die Geschicklichkeit als einen Versuch mit wahrhaft tragisch untauglichen Mitteln zu charakterisieren. Wir besagen es aber auch im Parteinteresse auf tiefe, daß man uns gewaltsam verhindert hat, noch in der Redaktion zu verbleiben; denn es wäre unserer persönlichen Überzeugung vielleicht doch noch gelungen, den Parteivorstand von der Veröffentlichung eines solchen Schriftstückes abzuhalten, das die Autorität des für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitgliedes des Vorstandes vernichten muß.

Die Denkschrift ist, soweit sie mit unserer Aufklärung übereinstimmt, durchaus richtig, soweit sie aber von unserer Darstellung abweicht, oder Dinge berührt, die wir bisher nicht öffentlich erörtert haben, durchaus unrichtig. Es zeigt sich so, daß wir sorgfältiger über die Vorgänge und Tendenzen der letzten Geheimnisse unterrichtet sind, als der Parteivorstand unterrichtet zu sein sich den Anschein gibt.

Von allen in der Denkschrift angeordneten Grundregeln ist nur eine sozialdemokratisch: daß in einer außergewöhnlichen Situation außergewöhnliche Mittel angewendet werden müssen. Das war ganz unsere Auffassung, als wir am Sonntag den 22. Oktober unsere Kündigung veröffentlichten, dazu in freier und beweglicher Weise an der Spitze des politischen Keils, nachdem wir von der Abicht der unversöhnlichen Veröffentlichung der Parteivorstand rechtzeitig unterrichtet hatten; auch der Genosse Bebel erhielt noch zeitig genug für einen etwaigen Einspruch Kenntnis.

Wir waren uns in jenem Augenblicke, da wir uns entschlossen, die Partei über die hinter ihrem Rücken — die Masse der Parteigenossen ist ebensowenig gehört worden, wie die Redakteure — geschilderten Pläne zu alarmieren, vollständig bewusst, daß wir die Schwächeren waren, daß wir unterliegen, vielleicht zu Grunde gehen würden. Aber gerade deshalb, weil wir die Überzeugung hatten, daß wir mit unserem Vorgehen die Entrüstung der gesamtlich ununterrichtet gelassenen Genossen gegen uns wecken würden, weil wir uns klar waren, daß unsere persönlichen Interessen durch unsere Aktion nur geschädigt werden könnten, hatten wir das gute Gewissen, daß wir, ohne jede persönliche Rücksicht in deutlicher Erkenntnis der persönlichen Gefahr, im Interesse der gedeihlichen Entwicklung der Partei über unsere offene Wort sprechen mußten, die längst bedrohlich, nunmehr aber ganz und gar un haltbar geworden waren. Unsere Mitteilung an der Spitze des politischen Keils sollte ein Alarmzeichen für die Partei sein. Wir wollten in der Tat, „Sensation“ erregen, sofern man darunter versteht, daß wir nach gewissenhafter sorgfältiger Prüfung zu dem Entschluß gekommen sind, wir hätten die heilige Pflicht, die Parteigenossen anzuführen, und blieben wir dabei, wie wir nach bisherigen Erfahrungen voraussehen mußten, selbst auf der Strecke. Wir fühlen uns ganz als Werkzeug der Partei, der wir dienen, nachdem uns die neueren Vorgänge die Gewißheit verschafft hatten, daß in das gesund und kräftig pulsierende Blut der Partei ein Tropfen Gift eingedrungen sei.

Wir verfolgen auch im Fortgang des Kampfes keinerlei persönliche Interessen. Wir sind nicht Illusionisten genug, um anzunehmen, daß wir irgend welche persönliche Vorteile von unserem Vorgehen haben könnten. Wir sind vielmehr vom Gegenteil überzeugt. Aber wir haben es einmal auf uns genommen, den Kampf für die innere Redlichkeit und Klarheit der deutschen Sozialdemokratie weiterzuführen, von deren Gesundheit auch die gedeihliche Entwicklung der gesamten Kulturverhältnisse wesentlich abhängt. Die deutsche Sozialdemokratie hat die höchste Mission zu erfüllen, die jemals eine Bewegung, eine Partei zu leisten hatte. Die Mission kann nicht ohne innere Wahrheit zum Siege geführt werden. Wir bekämpfen das System der Persönlichkeiten in der Partei, die so sehr mit sich selbst die Partei identifizieren, daß sie alles, was gegen sie gesagt wird, als eine Schädigung der Partei demenzieren. Wir bekämpfen die armselige Methode elendester persönlicher Rivalitäten, die sich prinzipiell manifestieren. Wir bekämpfen den Geist des Mißtrauens und der Neugierde, der unser Parteileben zerrütet. Wir bekämpfen, kurz gesagt, alle die Schäden, die mit jeder

Art persönlichen Regiments verbunden sind, die aber zehnfach verhängnisvoll wirken müssen in der Demokratie. Wir wollen endlich lernen, die kleine Berion in der Sache vollständig aufgeben zu lassen. Wir sollen den Mut haben, offen auszusprechen, was wir denken, unbekümmert um die Rücksichten des Erfolgs und diplomatischer Klugheit.

Wer auch nur einen Schritt von der Wahrheit und Vernunft abweicht, wird immer tiefer in Widersprüche, Wirrwisse, Sinnlosigkeiten hinabgezogen. Den Beweis für dieses Gesetz bildet die Denkschrift des Vorstandes, der es trotz aller Bemühung nicht einmal gelingt, den trostlosen Tatbestand notdürftig zu verklären. Warum hat der Vorstand nicht, was die erste Voraussetzung einer wirklichen Aufklärung gewesen wäre, das gesamte Aktenmaterial veröffentlicht? Man hat uns nicht vor den Entscheidungen anhören wollen! Will man der Partei nun etwa auch die schriftlichen Dokumente vorenthalten?

Die Partei tappt vollkommen im Dunkeln, solange sie den zwischen uns und dem Parteivorstand gepflogenen Schriftwechsel nicht kennt. Deshalb schließen wir uns dem von der Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow mit Vierfünftelmehrheit angenommenen Antrag an, das gesamte Aktenmaterial ohne Änderungen und Auszüge im Vorwärts zu veröffentlichen.

Und nun zur Sache.

1. Das Verfahren der Prinzipien.

Die Denkschrift des Parteivorstandes beginnt mit einer ebenso langen wie inhaltslosen prinzipiellen Erörterung, die insofern völlig überflüssig ist, als sie mit dem Streitsfall, mit unserer Anklage ganz und gar nichts zu tun hat. Unsere Vorwürfe richten sich ausschließlich gegen das unerhörte Verfahren, das man gegen die Masse der tätigen Parteigenossen und gegen uns angeordnet hat. Diese ganze „prinzipielle“ Argumentation ist obendrein deshalb hinfällig und löst sich in sich selbst auf, weil der Vorstand ja gerade die beiden „Sauptschuldigen“ nicht hinausweisen wollte, und die Meinung so ungenügend war, den namentlich für die letzten Parteipolemiken verantwortlichen Kollegen unter allen Umständen zu behalten, daß man in der ersten Geheimnis von Vorstand und Pressekommision die Frage der Kündigung einzelner Kollegen gerade unter dem Gesichtspunkt erörterte, ob sich wohl der schwächere Verbrecher mit dem einen oder anderen schriftlich erklären würde. Was sind das für seltsame „unhaltbare Zustände“, deren Urheber man durchaus nicht entschonen will?

Indessen obwohl die ganze prinzipielle Auseinandersetzung nur ablenkender Natur ist, nehmen wir auch diese Frage bereitwillig an, um in aller Kürze den ganzen Wut von Lesenden, der hier zusammengefaßt ist, zu zerstreuen.

Alles, was einleitend über die höchst mangelhafte prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen durch den Vorwärts, über seine zu späte oder hin- und herwandernde Stellungnahme gesagt ist, stand bereits am 23. Dezember 1904 in der Leipziger Volkszeitung. Darauf wurde unter dem 11. Januar 1905 im Vorwärts geantwortet:

„Die Behauptung, der Vorwärts sei ein Blatt, das fast seiner Bestimmung gemäß das prinzipielle Mitglied der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin- und herzuwandert und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden ist“, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden den Parteivorstand und die Pressekommision mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtverletzung der schlimmsten Art, eine solche Reduktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung und Stellungnahme des Vorwärts in einigen Fragen der Parteipolitik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben und daß Mitglieder der unterzeichneten Körperschaften ihre abweichenden Ansichten öffentlich ausprägten. Niemand aber hat der Vorwärts zu einer ehrsüchtigen und beleidigenden Beurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Äußerungen geschehen ist.“

Unter dieser Kundgebung stehen die Unterschriften: „Der Parteivorstand. Die Pressekommision.“ Es sind dieselben Körperlichkeiten, ja sogar dieselben Personen, die vor zehn Monaten gegen dieselbe „Ehrsüchtigkeit und beleidigende Beurteilung“ des Vorwärts aus lächerlich protokolliert haben, die sie jetzt selbst erheben. Sie beschuldigen sich also jetzt selbst jener „Pflichtverletzung der schlimmsten Art“, die sie damals entrichtet zurückgewiesen haben. Aus dieser Tatsache erhellt schon allein, daß die Vorwürfe der schwachen Haltung, die gegen uns erhoben werden, nur eine Spiegelung der eigenen Verfassung sind. In Wirklichkeit hat die Mehrheit der Redaktion ohne jedes Schwanken mit der Unversöhnlichkeit, die ihr die Denkschrift vortreibt, mit jenem „Selbstbewußtsein“ — eine Anklage, die so unglücklich klingt aus dem Munde kämpfender Sozialdemokraten! — seit Jahren den Vorwärts einseitig geführt. Wir haben nicht den Rückwärts mitgemacht, den das persönliche Regiment neuerdings auch bei uns veranlaßt hat, wir waren nicht die willfährigen Kreaturen für jede Stimmung und Laune einiger führender und schreibender Parteigenossen. Darum wurden wir gewissen Freunden unangenehm; nicht, weil wir mißsagten, wie sie selbst, sondern weil wir aufrecht standen, den gerade

Weg gingen. Rührt sich denn ein unverständlicheres Schwanken erdenken, als zwischen jenem Protest der Aufsichtsinstanzen vom Januar dieses Jahres und der jetzigen Denkschrift? Alles ist dort schwarz, alles Widerspruch und Unklarheit, alles prinzipielle Verwirrung!

Die Mehrheit des Vorwärts hat seit jeher zäh und entschlossen die tatsächliche Haltung jenes großen Zentrums der Partei vertreten, von dem lebhaft rechts und links ein paar Parteischrittsteller abwichen, jenes Zentrums, das durch die Wechsellagerung der Parteiführung gebildet ist und dessen Führer August Bebel bisher war. Wir entsinnen uns kaum eines einzigen prinzipiellen oder tatsächlichen wichtigen Falles, wo wir nicht mit dieser großen, geschlossenen Parteimeinung sachlich übereinstimmen, oder wo Bebel nicht selbst, wenn er anfänglich individuell abgeirrt, wieder in die Richtung des großen Blocks der Partei eingeschwenkt wäre. So waren wir beispielsweise gegen die von Bebel befohlene urprüngliche Stimmhaltung bei den Hererokrediten. Es ist bekannt, daß auch in dieser Frage bald wieder Übereinstimmung herrschte. Wir haben stets die allerding sehr uneinheitliche Gruppe der sogenannten Revisionisten befehligt, aber ebenso auch jene Wiederbelobungsversuche der Unabhängigenbewegung, die von Leipzig und Friedebau ausgeht, und in der gegen den Vorwärts mit genau denselben Allgemeinheiten gekämpft wird, wie einst die Parteileitung selbst gekämpft wurde. Unterschieden haben wir uns von Bebel im wesentlichen nur durch die Bewertung der Wichtigkeit gewisser Parteifragen und durch die Methode parteigenösslicher Polemik, die in den letzten Jahren — unter Führung Franz Mehrings — die deutsche Sozialdemokratie zersplittert und sinnlos verunruhigt hat.

Die Denkschrift unterläßt es, auch nur einen einzigen Fall anzuführen, wo wir gar nicht, verspätet oder überhaupt Stellung genommen haben. Uns ist aus der letzten Zeit nur ein Fall verhöfelter Stellungnahme bekannt — gelegentlich des Kölner Gewerkschaftskongresses. Das war aber nicht die Schuld der Mehrheit, sondern des Deserenten der Mehrheit, der trotz der eindringlichen Mahnung der Mehrheit erklärte, nichts mehr sagen zu können. Derselbe Vertreter der prinzipiellsten Minorität, die ja wohl jetzt die Mehrheit geworden ist, hat dann auch jenen Artikel über den Elektrizitätsstreik ohne Kenntnis der Mehrheit ins Blatt gegeben, der den schwersten Anstoß bei den Gewerkschaften und beim Parteivorstand erregt hat.

Noch unrichtiger ist es, daß wir in irgendwelchen „politischen“ Konflikten in Konflikt mit dem Berliner Parteigenossen geraten sind. Das gilt gerade unter der Leitung der bisherigen Mehrheit in vorher kaum erhoffter Weise die Abonnementzahl des Vorwärts mehr als verdoppelt hat, beweist ja auch gerade nicht die Unzufriedenheit Berlins. Im Gegenteil, wir sind in bestimmten wichtigen Parteilaktionen mit den Berliner gegen Anschuldigungen des Parteivorstandes oder des Genossen Bebel angegangen, so beim Kreuzentag, so bei den Anregungen für die Tagesordnung des Bremer und Jenerer Parteitag. In der Pressekommision ist, abgesehen von den Vorwürfen unmittelbar vor Jena, niemals in den letzten Jahren eine ernsthafte Beschwerde über die prinzipielle und tatsächliche Haltung des Vorwärts laut geworden. Nur ein einzelnes Mitglied hat gelegentlich angeregt, einmal über unsere Stellungnahme zur Überwachung der französischen Offiziere unter Andree zu diskutieren. Dazu kam es aber nicht, und übrigens war in dieser Hinsicht der den Unstandteil redigierende Kollege der banalen Minorität der Auffassung der Mehrheit, weil er sich unglücklicherweise und leichtsinnigerweise schon vor der unermesslichen Politik Kautskys gegen uns festgelegt hatte. Eine sachliche Differenz unserer Natur in einer konkreten Angelegenheit zwischen uns und den Berliner bestand überhaupt nur einmal in der zurückliegenden Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Man weiß, wie die Berliner sich schließlich zu entscheiden zu der Ansicht der bisherigen Redaktionsmehrheit befehligt haben, daß gerade sie mit bewunderungswürdiger Gewarigkeit die Landtagswahlkampagne geführt haben. Der eine Fall zeigt, ein wie schwieriger Paragraf die „Meinung der Berliner“ ist. Im übrigen hat die Pressekommision die ganzen tatsächlichen und prinzipiellen Fragen für recht wenig dringend gehalten; denn sie ist bis zum September dieses Jahres nie über die gelegentlichen Klagen hinausgekommen, daß derartige Debatten nicht geflogen werden.

Überhaupt ist es das Gegenteil der Wahrheit, wenn die Denkschrift den Anschein zu erwecken sucht, als ob unter der bisherigen Redaktion die Angriffe auf den Vorwärts häufiger, schärfer und allgemeiner geworden wären als früher. Der Vorwärts ist, solange er lebt, immer angegriffen worden, unter Leitung der bisherigen Mehrheit aber in viel geringerem Maße als früher. Die Protokolle unserer Parteitage und die Berliner Vernehmlichungsberichte ergeben diesen Sachverhalt unzweifelhaft. Ja es gab Zeiten, wo der Vorwärts höchlichst gelobt wurde, und gerade in den Perioden, wo er die schwerste und reichste Arbeit hatte, wo er Gelegenheit hatte, die prinzipielle Aufklärung an allerbedingtesten und intensifsten zu betreiben; das in W. die vielgerühmte Agitation vor dem Dreimillionenweg im Vorwärts ausschließlich von Kollegen der Mehrheit geleitet wurde, in erster Linie durch den Kollegen Wexler, gegen den der jetzige Feldzug mit besonderer Gehässigkeit geführt wurde.

Wichtig an den Auseinandersetzungen der Denkschrift über die prinzipielle und tatsächliche Haltung

ist lediglich die nicht überraschende Erscheinung, daß Bebel uns des öfteren auf Parteitagen angegriffen hat, wovon aber noch lange nicht gesagt ist, daß er mit seinen Angriffen Recht hatte. Zutreffend ist ferner, daß genau zwei Jahre nach dem Dreimillionenweg, am 17. Juni 1905, auf Antrag des Kreises Niederbarnim — diesen ausschließlichen Unstand vorbeweigt die Denkschrift, — des Kreises also, dessen Abgeordneter Stadthagen ist — eine Sitzung der Funktionäre Berlins stattfand, die ihre Unzufriedenheit mit uns zu äußern schien — wie, das wird noch ausgeführt werden. Unmittelbar darauf ertrugen wir uns wieder der vollen Übereinstimmung mit den Berliner Funktionären, bis dann Anfangs September dieses Jahres, abermals unter der sichtbaren Regie Stadthagens und seines Kreises, abermals eine Demonstration gegen die Vorwärtsmehrheit geplant war, die aber vollständig scheiterte, weil man damals noch so unvorsichtig war, die beschuldigten Redakteure hinzuzuziehen.

Die Angriffe gegen den Vorwärts sind stets nur von einem kleinen Kreis von Personen ausgegangen, die es bisweilen verstanden, auch weitere Kreise von Parteigenossen unzufrieden zu machen, aber bei der bisherigen dezentralisierten Organisation Groß-Berlins es den Redakteuren unmöglich gemacht war, mit den Parteigenossen die nötige Fühlung zu unterhalten, die notwendig ist, um dem dunklen Treiben von persönlichen Feinden, dem Klatsch und der Verleumdung entgegenzuwirken. Wir hoffen, daß die bevorstehende Umgestaltung der Organisation diesen von uns oft beklagten Unstand beseitigen würde. Vielleicht aber haben manche Leute es gerade deshalb so eilig gehabt, uns schleunigst im heimlichen Verfahren hinauszu drängen.

Wir hatten schließlich von Anfang an die Erfahrung gemacht, daß es zweckmäßig sei, gewisse Angriffe, machten sie sich noch so „prinzipiell“ freizeigen, nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Methode unserer Gegner in der Partei entlarvte sich gleich zu Beginn der inneren Parteidebatten in der lustigsten Weise. Es war vor dem Parteitag in Hannover, als der Vorwärts über den beginnenden Bernsteinstreik einen ruhigen und besonnenen abwägenden Leitartikel brachte, der die aufgeregten „Parteiretter“ höchlichst ärgerte. Es war die Genossin Luxemburg, die bereits damals auf Grund dieses Artikels entdeckte, daß die Vorwärtsredakteure jaht und jöherts — damals war die Gruppe der ökonomisch-historischen Weiterbildung noch nicht erfunden — Leute ohne Talent, Vergangenheit und Charakter seien, die mit eisernem Wesen auszuführen unser Chefredakteur Liebnecht drinend erucht wurde. Liebnecht aber setzte sich hin und schrieb das große Wort von den Kapitalkräfterinnen nieder; er hatte den Artikel, so dessenwillen er die eisernen Wesen nehmen sollte, selber geschrieben. Die gleiche Erfahrung machten wir im Laufe der Jahre des öfteren. Die überhebende Epidemie fraß uns sich, die Anschuldigung nicht mehr danach zu beurteilen, was sie in sich bedeutet, sondern nach dem vermuteten Urheber. Da aber auch die prinzipiellste Festigkeit und die schönsten Morozitate nicht vor elementaren Meinungen schienen, so konnten wir von den frühlichen Tagen der Kapitalkräfterinnen bis zur Jenerer Kommission immer wieder derlei große Mißverständnisse genießen, deren erste Krebrite allerdings war, daß jede Parteipolemik bergakfelt wurde. Wegen dieser Verwüstung Jahre hindurch gekämpft zu haben, trotz aller Widerwärtigkeiten, rechnen wir uns als Verdienst an.

Es ist wahr, daß Bebel uns in Lübeck, ohne uns vorher zu unterrichten, öffentlich angriff. Auf den Protest des Kollegen Eisner aber ermächtigte ihn Bebel sofort aus freien Stücken, öffentlich zu erklären, daß seine Kritik sich nur auf die Haltung des Vorwärts in der Frage Bernstein (Vortrag im sozialwissenschaftlichen Studentenverein) und Wilerand bezogen habe. Die Haltung des Vorwärts in der inneren und äußeren Politik billige er vollständig, er habe nichts daran auszuwickeln. Bebel hielt die öffentliche Feststellung dieser seiner Auffassung für geboten, um die Differenzen nach außen hin auf das richtige Maß zu beschränken. Auch die anderen Teile des Vorwärts mißfielen ihm keineswegs, jedoch er gegen die Veranstaltung des Vorwärts nicht das geringste einzuwenden habe.

Heute beruft sich Bebel, der doch wohl an der Denkschrift beteiligt ist, auch auf Lübeck! — Auf die Dresdener Vorgänge möchten wir einwischen nicht eingehen. Sie waren ein Symptom deselben schweren Parteilebens, aus dem der jetzige unangenehme und zugleich sinnlose Konflikt entstanden ist, von dem wir aber immer noch erwarten, daß er durch gründliche, rückhaltlose und ehrliche Aussprache beilegen wird. In dieser Richtung muß die Gesamtpartei, müssen alle ihre Organe arbeiten. Geht die Partei aus dieser Kritik gefrästigt hervor, so wird uns diese Gematung über das bittere Gefühl hinweghelfen, daß wir durch den uns aufgedrungenen Kampf einen Wirkungskreis verloren haben, an dem trotz alledem unser Herz hing.

Das Geschick der bürgerlichen Presse über Revisionismus und Radikalismus soll ganz auf sich beruhen bleiben. Ueber diese Unwissenheit lohnt es sich nicht ein Wort zu verlieren. Hier steht mehr auf dem Spiel, als die Nuance der Meinung oder die Intensität des revolutionären Temperaments. Hier handelt es sich um die Gesundheit des gesamten Parteikörpers. Wir wissen, daß die große Masse der Parteigenossen einig und geschlossen, klar und weicher ist, aber wir können uns nicht mehr der Einsicht verschließen, daß ein zentraler Führer Fehler auf Fehler

